

Superwahljahr in der Krise

Auch in deutschen Medien häufen sich die Berichte und Kommentare über drohende soziale Unruhen: in den USA, in Britannien, Osteuropa, Island oder Frankreich. Über Deutschland selbst heisst es: Soziale Unruhen? So etwas sei in Deutschland unvorstellbar.

Die jeweiligen Diagnosen nennen viele Gründe: Die Schuldigen der aktuellen Krise seien schwer greifbar; Millionen MittelschichtlerInnen seien darin direkt verstrickt und schwiegen heute lieber. Die Hälfte der Bevölkerung seien RentnerInnen, Arbeitslose oder Beamte – die spürten erst einmal wenig von der Krise. Die wirklich echten Fronten gebe es auch nicht mehr: Die Gewerkschaften kämpften zusammen mit den Unternehmen um Arbeitsplätze.

Und zugespitzte revolutionäre Ziele würden ja auch nicht aufgestellt. Die grossbürgerlich-konservative «Frankfurter Allgemeine Zeitung»: «Irgendwie soll (künftig) auf jeden Fall der Mensch in den Mittelpunkt rücken. So fordert es die Gewerkschaft ver.di, so steht es aber auch im Nachhaltigkeitsbericht der Bayer AG und im Un-

ternehmensgrundsätze-Katalog der DM-Drogeriekette. Es sind Forderungen, die so wirken wie Baldrian mit Biosiegel: korrekt und einschläfernd.» Und so gibt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Stimmung präzise wieder, wenn er sagt: «Ich bin positiv überrascht, wie rational und emotionsfrei die Deutschen mit der Krise umgehen.» Eine politische Bankrotterklärung für jede lebendige demokratische Republik.

Jedoch: Ein kleines bisschen ist die politische Ruhe in Deutschland schon gestört worden – langsam verschiebt sich die politische Landschaft.

Erster Tatort: Die FDP, die Partei, die den Marktradikalismus und damit die Krisenursache verkörpert, legt zu und liegt bei allen Umfragen bei mindestens fünfzehn Prozent; bisher erhielt sie sieben oder acht Prozent. Die Meinungsforscher sagen: BürgerInnen, denen an wirtschaftlichen Freiheiten liege, fühlten sich von der Union (CDU und CSU) und ihrer Grossen Koalition mit der SPD nicht mehr vertreten. Diese Menschen wollten Steuern senken und die Marktwirt-

schaft verteidigen. Da habe nur noch die FDP Kompetenz.

Zweiter Tatort: Die Union ist dabei, sich zu zerlegen. Bis vor wenigen Wochen scharten sich alle geschlossen hinter der Bundeskanzlerin, die unverändert

Die Linkspartei ist dagegen geschlossen, ruhig – und verharnt stagnierend am Rande des Geschehens.

beste Umfragewerte vorzuweisen hat. Dann begannen die Grabenkämpfe: CDU-Ministerpräsidenten gegen Bundestagsfraktion, führende CDU-PolitikerInnen gegen die Kanzlerin. So schimpfen ChristdemokratInnen über «die herrschende Sozialdemokratie im Kanzleramt»: Die CDU fremdle eben mit einer Kanzlerin, die öffentlich den Papst kritisiere, eine moderne Familienpolitik betreibe, sich für erneuerbare Energien erwärme und eine Bank verstaatliche.

Dritter Tatort: Die Umfragen zeigen seit mehreren Wochen eine stabile Mehrheit für eine bürgerliche Bundesregierung aus FDP und Union; SPD, Grüne und Linkspartei kommen zusammen meist auf etwa 45 Prozent. Seit der letzten Bundestagswahl im Jahr 2005 hatte es immer eine Mehrheit aus SPD, Grünen und Linkspartei gegeben. Das ist vorbei. Mit der Krise haben sich die Verhältnisse umgedreht.

Vierter Tatort: Wenn die CDU versucht, so sozialdemokratisch zu werden, wie es die SPD bisher war, so versucht die SPD inzwischen, so links zu werden wie Die Linke. Zwar dümpelt die SPD in den Umfragen immer noch bei etwa 25 Prozent vor sich hin. Heute aber will sie links sein und alles vergessen machen, was sie einmal tat. Ihre Forderungen: Mindestlohn, höhere Steuern für Reiche, stärkere Regulierung der Finanzmärkte, Bildungsabgabe, Börsenumsatzsteuer.

Fünfter Tatort: Die Linkspartei ist dagegen geschlossen, ruhig – und verharnt stagnierend am Rande des Geschehens. Insbesondere konservative Medien üben sich in

Schadenfreude: Es gebe in Anbetracht des Desasters des Kapitalismus «kein revolutionäres Tönchen weit und breit». Man kann die Entwicklung der Partei auch anders lesen: Als eine sehr junge Partei, die ihre Geburt der unsozialen Politik Gerhard Schröders (Agenda 2010) verdankt, geht es der Linkspartei mit stabil zehn Prozent in den Umfragen relativ gut. Schliesslich fehlen ihr heute alle Feindbilder – Schröder, George Bush, Agenda 2010 –, und ihr wichtigstes Anliegen, die soziale Frage, ist aufgrund der veränderten Politik von SPD und Union in Gefahr.

Die verschiedenen Tatorte zeigen: Die Kräfte links des Mainstreams werden schwächer und nehmen sich gegenseitig nicht einmal wahr. Grüne, SPD, Die Linke, die Gewerkschaften – alle gehen sie ihre eigenen Wege: Jede organisiert ihre eigene Demonstration, jede hat ihren eigenen Kongress und ihre eigene Vorstellung von der nächsten Bundesregierung. Das bürgerliche Lager sortiert sich neu, zieht aber an einem Strang und wird darum stärker.

Wolfgang Storz